ordneter Dr. Einhauer (Zentr.) äußerte in der Begründung derselben, besondere Bedenken gegen die im Vereinsgesetzentwurfe enthaltene Erschwerung der Abhaltung von Wahlversammlungen und gegen die Beschränkung des Gebrauches der Muttersprache. Minister Brettreich antwortete, daß die Regierung bei ihrer Stellungnahme zu dem Entwurfe von dem Grundsatze ausgegangen sei, daß im allgemeinen durch den Entwurf eine Verschlechterung gegenüber dem bayrischen Vereinsrechte nicht herbeigeführt werden solle, und daß die Regierung, falls es möglich sein sollte, auf die Beseitigung oder Milderung einzelner Bestimmungen hinwirken werde. Abgeordneter Dr. Süßlein (Soz.) erklärt, das Gesetz sei ein Polizeigesetz. Abgeordneter Dr. Müller-Meiningen (liberal) nennt die Interpellation eine Zeitvergeudung. Auf dem Wege der Anfrage könnten alle Reichsgesetze zum Schaden für den Bundescharakter des Reiches in den Landtagen zur Sprache kommen. Abgeordneter Freiherr von Freyberg (Zentr.) hält es für ein Recht des Landtages, in einer so wichtigen Frage die Stellung der Regierung zu den Parteien kennen zu lernen.

— **Wie gelogen wird!** So überschreibt das „Berl. Tagebl." den Artikel, in welchem es den bekannten Brief vom Abgeordneten Paasche wiedergibt, in welchem dieser einem seiner Wähler in Kreuznach mitteilt, daß er in der „Nationalliberalen Korrespondenz" die Meldung über seine Berufung in das Kolonialamt habe widerrufen lassen; aber die Notiz sei doch zutreffend. Der Brief schließt mit dem Satze: „Sie können sich denken, daß ich jetzt öffentlich nicht die Wahrheit sagen kann. Ihr ergebener Dr. Paasche." Dazu bemerkt nun das genannte Blatt: „Wir wollen mit Herrn Paasche nicht über den Nutzen der politischen Ehrlichkeit debattieren. Aber wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, wie viel eigentlich offiziöse und parteioffiziöse Ableugnungen wert sind. Gerade das „Berl. Tagebl." wird ja mit Vorliebe zum Zielpunkte für sogenannte Dementis ausersehen. Hat man doch sogar unsere erste Mitteilung über das geplante Branntweinmonopol bestritten, ohne eine Ahnung zu haben, wie gut unsere Quelle war. Man wird es aber nach solchen und ähnlichen Erfahrungen begreifen, daß wir offiziösen Ableugnungen mit dem Gefühle der denkbar größten Wurstigkeit gegenüberstehen, auch wenn sie nicht bloß an der Spitze der „Nat.-lib. Korresp.", sondern selbst an der Spitze der „Nordd. Allgem. Zeitg." abgedruckt sind." Der letzte Satz gibt uns Veranlassung, diesem Blatte einige Worte zu widmen, wenn wir auch nicht behaupten, daß es gelogen hat. Es schreibt nämlich in seiner Nummer vom Donnerstag den 19. Dezember folgendes: „In Zentrumsblättern wird eine Aeußerung mitgeteilt, die der Reichskanzler Fürst von Bülow mit Bezug auf den § 7 des Reichsvereinsgesetzentwurfes in Flottbek gegenüber einem Mitgliede der Deputation des christlichsozialen Arbeiterkongresses getan haben soll. Diese Aeußerung wäre dahin gegangen, „daß die Regierung gar nicht daran gedacht habe, den § 7 aufzunehmen, aber die Nationalliberalen hätten die Aufnahme dieser Bestimmung absolut gefordert; Bassermann stellte keine solche Zumutung, wohl aber die nationalliberalen Großindustriellen." Diese Mitteilungen sind, wiewohl sie von bestinformierter Seite stammen sollen, einer halbamtlichen Feststellung zufolge, durchaus irrtümlich. Der Reichskanzler hat keinen Anlaß gehabt, nationalliberale Großindustrielle als die eigentlichen Urheber des Sprachenparagraphen zu bezeichnen, und er hat dies auch keineswegs getan." Da haben wir die Musterleistung eines offiziösen Dementis. Wir halten nach wie vor aufrecht, daß Fürst Bülow sich so über den § 7 des Reichsvereinsgesetzes geäußert hat, wie wir es mitteilten, es stehen hierfür zwei Ohrenzeugen und Mitglieder der Deputation zur Verfügung; Fürst Bülow sagte wörtlich: „Die Regierung hat nicht den § 7 vorgeschlagen, aber die rechtsstehenden Parteien, vor allem die Nationalliberalen, haben ihn gefordert." An dieser Mitteilung des Reichskanzlers lassen wir kein Jota abstreichen. Wir haben absichtlich in unserer ersten Mitteilung den Wortlaut der sehr interessanten Mitteilung nicht wiedergegeben, um die offiziöse Wahrheitsliebe auf die Probe zu stellen und tatsächlich sind die Offiziösen wieder mit Meilenstiefeln hineingetappt. Wir freuen uns besonders über die „feine" Art, wie man hier ein Dementi machte. Die „Nordd. Allg. Ztg." macht aus unserer Mitteilung über den Inhalt des Gespräches eine wörtliche Wiedergabe desselben und setzte diese in „". Aber noch mehr: den Satz: „Bassermann stellte keine solche Zumutung, wohl aber die nationalliberalen Großindustriellen" nimmt das offiziöse Blatt in die Mitteilung des Reichskanzlers auf und dementiert ihn dann. Dazu hat das Blatt keinen Grund, denn wir haben diesen Satz gar nicht als einen Reichskanzleraussprüch bezeichnet; wir haben ihn durch einen Punkt sehr deutlich von der indirekten Wiedergabe des Ausspruches des Reichskanzlers getrennt; die „Nordd. Allgem. Zeitg." aber setzt statt des Punktes ein Semikolon. Doch noch mehr: Die Wiedergabe des Reichskanzleraussprüches wurde in der indirekten Redeweise gegeben; das Verhalten Bassermanns aber in der direkten Redeweise. All das haben die Offiziösen in ihrer Dementiernut nicht beobachtet. An diesem Schulbeispiele sehen unsere Leser, was die Ableugnungen der „Nordd. Allgem. Zeitg." wert sind. Wir sagen nicht, daß der Reichskanzler selbst den von ihm getanen Ausspruch ableugnet; das kann er nicht; wir wollen nur zeigen, wozu liebedienerische offiziöse Federn fähig sind. Und die Lehre aus dem Vorkommnis ist: Glaubt der offiziösen Gesellschaft nicht ohne Beweise, dann wird man wenigstens nicht in die Irre geführt; das „Berl. Tagebl." hat es noch drastischer gesagt. Im übrigen danken wir dem offiziösen Blatte, daß es so hübsch auf den Leim gekrochen ist.

— **Der interessante Besuch beim Abg. Gröber,** den ihm die Abgeordneten Dr. Paasche und Witting abstatteten, spielt nun plötzlich in der Presse eine große Rolle. Die Blätter ergehen sich in allerlei Vermutungen über die Vorteile dieser Nachricht. Aber sie sind auf dem Holzwege, und wir erklären auf das bestimmteste, daß der Abg. Gröber der auch von uns gebrachten Notiz völlig fern steht; weder direkt noch indirekt hat er etwas mit derselben zu tun. Der Besuch hat eben im Reichstage solches Aufsehen erregt, daß ihn sogar die Diener und Kanzleiaufwärter weiter erzählt haben. Nun meint die konservative Kreuzzeitung zum Schweigen des Abg. Paasche: „Es geht doch nicht an, daß ein Führer einer Blockpartei, die noch dazu gern sich als Kern des Blocks bezeichnet, meint, durch Totschweigen über seine Verlegenheit hinwegzukommen. Will Dr. Paasche sowohl als erster Vizepräsident des Reichstages wie auch als Führer der nationalliberalen Partei noch ferner auf Vertrauen im Block Anspruch machen, so bleibt ihm nichts übrig als so schnell als möglich die Notiz von seiner und seines Verwandten und Geschäftsfreundes Witting Beziehungen mit Gröber klar zu stellen. Eine solche Klarstellung liegt nicht bloß in dem persönlichen Interesse, der an diesen Unterredungen Beteiligten, sondern in dem des Blocks. Und wir meinen, daß gerade von der nationalliberalen Parteileitung mit aller Entschiedenheit darauf gedrungen werden müsse, daß Dr. Paasche die Blättermeldungen entweder unzweideutig desavouire oder sich wegen seines dann recht eigentümlichen Verhaltens rechtfertige. Die Tatsache des Besuches bei Gröber, der an diesem Tage im Reichstage reden sollte, kann niemand in Abrede stellen, und mehr haben wir nicht gemeldet.

— **Die Berufung des Abg. Paasche in das Kolonialamt.** Die „Nationalliberale Korrespondenz" schreibt: „Tatsache ist, daß Ende 1905 der frühere Staatssekretär von Richthofen Herrn Paasche bat, in das neuzugründende Kolonialamt als Unterstaatssekretär einzutreten. Er wollte ihm sofort neben dem stellvertretenden Kolonialdirektor zur Arbeit in die Kolonialabteilung einstellen. Herr Paasche lehnte das ab, weil eine etatsmäßige Stellung erst zum 1. April 1906 hätte geschaffen werden können. Als über die Bedingungen des Eintritts als Unterstaatssekretär die schriftlichen Vereinbarungen erfolgen sollten, starb der Herr Staatssekretär ganz plötzlich im Beginn des Jahres 1906. Der Chef der Reichskanzlei bat dann im Namen des Herrn Reichskanzlers die Verhandlungen mit Herrn Paasche fortgeführt und dessen Bedingungen zum Eintritt in das Kolonialamt gutgeheißen. Das Kolonialamt war nicht bewilligt und damit auch die Stellung des Unterstaatssekretärs hinfällig. Schwere Krankheit (Darmlipom und Nierenblutungen) veranlaßten Herrn Paasche im Sommer 1906 seinen Abschied als Professor zu nehmen und damit für alle Zeit auf jede Tätigkeit im Staats- und Reichsdienst zu verzichten." Wir können die Richtigkeit dieser Meldung nur bestätigen, da wir über alle Einzelheiten der damaligen Zeit und namentlich über diese Vorkommnisse sehr gut unterrichtet sind. Aber die „Nordd. Allg. Ztg." wird auch versuchen, den klaren Tatbestand durch ein Dementi aus der Welt zu schaffen.

Oesterreich-Ungarn.

— **Die österreichischen Delegationen** traten am 20. d. M. zusammen und wählten den christlich-sozialen Abgeordneten Fuchs zu ihrem Vorsitzenden. Dieser gedachte in seiner Eröffnungsrede der glücklichen Genesung des von allen geliebten Monarchen und brachte ein dreifaches Kaiserhoch aus. Der Minister des Aeußeren v. Aehrenthal unterbreitete das Budget für 1908 sowie ein dreimonatiges Budgetprovisorium. Der Voranschlag für 1908 weist ein Gesamt-Nettoerfordernis von 386 923 102 Kronen auf. Hiervon entfallen auf das Heer als ordentliches Netto-Erfordernis 298 431 653 Kronen (+ 7 271 607 Kronen), als außerordentliches Erfordernis 13 378 729 Kronen (— 374 027 Kr.); auf die Kriegsmarine als ordentliches Nettoerfordernis 53 523 110 Kr. (+ 10 673 000 Kr.), als außerordentliches Erfordernis 3 476 899 Kr. (+ 927 000 Kr.). Der reine Zollüberschuß wird veranschlagt mit 136 922 829 Kr. Der Okkupationskredit beträgt 7 788 000 Kr. Außerdem verlangt die Kriegsverwaltung ein einmaliges außerordentliches Erfordernis zur Fortsetzung der Beschaffung des neuen Feldartilleriematerials von 15 Millionen.

— In der Donnerstagsitzung des **ungarischen Abgeordnetenhauses** sagte Wekerle: Es gibt eine neue politische Schule, Politiker, die auf Vernichtung der Ehre anderer ihre Tätigkeit basieren. Nach dem Sitzungsschluß trat Polonyi auf Wekerle zu und fragte ihn: Hat sich deine Aeußerung auf mich bezogen? Wekerle: Auf Sie auch! Polonyi: Erklären Sie sich deutlicher! Wekerle: Lassen wir das! Polonyi: Das ist eine Ehrlosigkeit. Infolge des Zwischenfalles sandte der Ministerpräsident noch im Laufe der Nacht dem Abgeordneten Polonyi seine Zeugen. Polonyi erklärte, daß er seine Zeugen im Laufe des Tages ernennen würde. Als Wekerle gestern den Sitzungsaal des Abgeordnetenhauses betrat, wurde er mit großem Beifall begrüßt.

Belgien.

— **Der Ausschuß der internationalen Schiedsgerichtsliga** nahm in seiner Versammlung am 19. Dezember eine Resolution an, in der die von Stead erhobene Forderung, für jedes von Deutschland in Bau genommene Kriegsschiff möge England zwei oder drei Schiffe bauen, auf das Lebhafteste bedauert und betont wird, daß in dem Schiffsbauprogramm der deutschen Regierung nichts gefunden werden könne, was mit dem jüngsten herzlichen Empfange des deutschen Kaisers und den zwischen den beiden Ländern jetzt bestehenden gebesserten Beziehungen in Widerspruch stehen würde.

(Weitere Rundschau im Zweiten und Dritten Blatt.)

Aus Stadt und Land.

(Mitteilungen aus unserem Leserkreise mit Namensfertigung für diese Rubrik sind der Redaktion allezeit willkommen. Der Name des Einsenders bleibt Geheimnis der Redaktion. Anonyme Zuschriften müssen unberücksichtigt bleiben.)

Dresden, den 21. Dezember 1907.

Tageskalender für den 22. Dezember. 1906. † Adalbert v. Goldschmidt zu Wien, Opernkomponist. — 1890. † Niels Gade zu Kopenhagen, dänischer Komponist. — 1870. Ausfall der Pariser gegen das sächs. Armeekorps zurückgeschlagen. — 1819. * Franz Abt zu Eilenburg, bek. Liederkomponist.

23. Dezember. 1870 Schlacht an der Hallue. — 1865. * Herzog Albrecht von Württemberg. — 1597. * Martin Opitz in Bunzlau, deutscher Dichter.

[illegible] Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden für den 22. Dezember: Zunehmende Bewölkung, nachher Regen- oder Schneefälle, mäßige Westwinde, etwas kühler.

—* Se. Majestät der König empfing heute vormittag die Departementschefs der Königl. Hofstaaten zum Vortrag.

—* Das Testament weiland Ihrer Majestät der Königin-Witwe ist am 19. d. M. eröffnet worden. Die Königin-Witwe hat Se. Majestät den König zum Universalerben eingesetzt. Der König wird hierdurch Besitzer von Schloß Sibyllenort, vom Jagdschloß Rehefeld, von der Villa Strehlen und von dem Königlichen Palais in Wien.

—* Kath. Hofkirche. Sonntag, den 22. Dezember. Messe, Sitimmig von Ett, Graduale: Universi, von Aiblinger, Offertorium: Ex Sion von Aiblinger.

—* Den Feiertagen und dem Reiseplane des Weltpanoramas, Waisenhausstr. 16, entsprechend, bringt dasselbe in der Weihnachtswoche einen Ausflug nach Palästina, dem heil. Lande, zur Vorführung mit Jerusalem und anderen mit dem Leben des Heilandes in Beziehung stehenden Orten. Wer einmal die Bilder einer Serie angesehen hat, ist entzückt über die Pracht derselben. Die Bilder sind durchweg erstklassig, haben eine großartige Plastik und ein lebendiges Kolorit, was bewirkt wird durch die ausgezeichnete elektrische Beleuchtung und vortreffliche Objektive. Es sollte niemand versäumen, diese Sehenswürdigkeit der Residenz wiederholt zu besuchen.

—* Im Alter von erst 60 Jahren starb am Freitag nachmittag 5 Uhr an Herzschlag Herr Ernst Hermann Kunath, Fabrikbesitzer und Landtagsabgeordneter für den 5. städtischen Wahlkreis (Dresden-Neustadt). Als Sohn eines Schneidermeisters in Dresden geboren, besuchte er die Armenschule und lernte dann fünf Jahre Mechaniker, da für ihn ein Lehrgeld nicht bezahlt werden konnte. Später mußte die Sonntags- und Gewerbeschule dem strebsamen Lehrling und Gehilfen zur Mehrung seiner Kenntnisse dienen. Als Soldat machte er den Feldzug 1870/71 mit. Zwei Jahre später heiratete er und unternahm es dann, als Vater von sieben Kindern, sich 1877 im Souterrain Falkenstraße 3 selbständig zu machen. Jetzt beschäftigte er als Fabrikbesitzer 80 Arbeiter. Erst spät, nachdem sich Kunath emporgearbeitet hatte, beteiligte er sich am öffentlichen Leben. So wurde er 1900 Stadtverordneter, Anfang dieses Jahres aber zum Stadtrat erwählt. Seit etwa vier Jahren gehörte Kunath in der freikonservativen Gruppe dem Landtage an.

—* **Kunaths Nachfolger.** Für den verwaisten Landtagswahlkreis Dresden-Neustadt beabsichtigen die Konservativen, zu deren Besitzstand der Kreis gehörte, die Kandidatur dem früheren Vertreter, dem Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Dr. Stöckel anzutragen.

—* Aus dem Leben der Königin-Witwe. Als weiland Ihre Majestät die Königin-Witwe vor einigen Jahren nach der französischen Riviera reiste, traf sie in Lyon mit einem dortigen Kaufmanne, namens Vicat, zusammen, den sie im Jahre 1870 als Kriegsgefangenen gepflegt hatte, und mit dem sie seitdem stets in Beziehung geblieben war. Damals wurde die Geschichte dieser Bekanntschaft erzählt, welche einen hübschen Zug im Charakterbilde der nun verstorbenen Königin bildet. Vicat war im Jahre 1870 als Kriegsgefangener nach Dresden geschickt worden, wo er im November ankam und im folgenden Januar an Lungenentzündung schwer erkrankte. Typhus und Brustfellentzündung traten hinzu, und der Kranke mußte einer schweren Operation unterworfen werden. Die damalige Kronprinzessin Carola war Präsidentin des Deutschen Komitees vom Roten Kreuz, und bei ihren häufigen Besuchen im Lazarett interessierte sie sich für das Schicksal des schwerleidenden Kriegsgefangenen und bestimmte, daß er in der Villa Strehlen weitergepflegt werden sollte. Es ist nicht zu schildern, erzählte Vicat selbst, mit welcher Aufopferung man mir die nötige Pflege angedeihen ließ. Ich hatte ein Zimmer für mich allein, und täglich erkundigte sich die Prinzessin Carola nach meinem Befinden. Noch ein anderer Franzose wurde in der Villa seit längerer Zeit mit derselben Sorgfalt gepflegt. Nach zwei Monaten ließ die Prinzessin meinen Vater und meine Schwester zu mir kommen, die vier Wochen als Gäste des Hofes blieben. Nach einer Beratung mit mehreren Aerzten schickte man mich, da das Klima meiner Heimat zuträglicher für mich war, in einem besonderen Wagen zurück nach Lyon. Zwischen Straßburg und Colmar war ich noch einmal in großer Gefahr, aber der mich begleitende Arzt rettete mir das Leben. Seit dieser Zeit bin ich mit der Prinzessin Carola in Beziehung geblieben. Mein Schreibtisch ist voll gütiger Briefe von ihr. Sie hat mir im Jahre 1873 ihre Thronbesteigung und 1902 den Tod ihres Gemahls mitgeteilt, sie hat mich an ihren Leiden und Freuden teilnehmen lassen. Zum letzten Male war sie am 4. April 1897 bei mir und ist ins dritte Stockwerk zu mir heraufgestiegen. Ich bin zu Fuß mit ihr durch die Stadt gegangen und die Königin hat verschiedene Einkäufe gemacht. Ich empfinde tiefste Dankbarkeit gegen sie. Wenn ich mich meines Kindes freuen kann, wenn ich lebe, so verdanke ich das ihr. Sie hat mir das Leben gerettet und kann mit Recht stolz sein, die Leiden eines einfachen Soldaten gelindert zu haben. Ich bin nicht der einzige, der ihr verpflichtet ist. Ein Kriegskamerad von mir hat eine prächtige Rose gezüchtet, die er „Carola von Sachsen" nennt und von der es in dem Prospekte heißt: „Große, einfache einblumige Rose, silbern auf rosa Grund, zur Erinnerung an die von der Königin einem Lyonnaiser Kranken gewidmete Pflege in der Villa Strehlen 1870/71."

× **Der Dresdner Lehrerverein** kann am 1. Februar n. J. auf sein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Unter dem Namen „Pädagog. Verein" gegründet, einst der Mittelpunkt aller pädagogischen Bestrebungen der Stadt, ist er der Ausgangspunkt zur Gründung des sächsischen Lehrervereins und des großen Allgemeinen Deutschen Lehrervereins geworden. Aus seinem Schoße sind ferner der segenskreich wirkende Sächsische Pestalozzi-Verein und die Allgemeine Brandversicherungsgesellschaft städtischer Lehrer, jetzt Brandversicherungsverein sächsischer Lehrer, hervorgegangen. In dem langen Zeitraume von 75 Jahren hat der pädagogische Verein sowohl auf wissenschaftlichem Gebiete, wie auf dem des Wohltuns eine reiche Tätigkeit entfaltet. Ein Festausschuß ist bereits an der Arbeit, der auf 2 Tage berechneten Jubiläumsfeier einen recht festlichen Charakter zu geben. Am 1. Februar findet abends im Vereinshause eine gesellige Feier statt, wo u. a. von auswärts kommenden Gratulanten Gelegenheit geboten sein wird, ihre Glückwünsche darzubringen. Am 2. Februar ist eine ernste Festfeier mit Festtafel in Aussicht genommen.

Döbeln, 20. Dezember. Aus der Niederlage eines Getreidehändlers in Töllschütz waren nachts nach Aufbrechen des Schlosses

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19071222/2